Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 1. Wir fördern Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir fördern Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt

Frauen und queere Menschen haben sich ihre Rechte über Jahrhunderte erkämpft. Sie sind inzwischen selbstverständlicher auf vielen Ebenen vertreten und haben erreicht, dass Geschlechterbilder heute bunter und vielfältiger sind. Doch das Ziel echter Gleichstellung ist leider noch lange nicht erreicht.

Frauen sind noch immer wirtschaftlich und politisch benachteiligt, finanziell oft schlechter abgesichert, erhalten weniger Chancen, sind mit größeren Widerständen konfrontiert und müssen sich häufiger gegen sexuelle und häusliche Gewalt wehren. Und noch immer liegt die Hauptlast bei der Sorgearbeit für Kinder oder zu pflegende Angehörige auf den Schultern der Frauen, inklusive der wirtschaftlichen Benachteiligung und des Einkommensverlusts. Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Menschen können häufig noch immer nicht frei über sich und ihren Körper entscheiden.

Queere Menschen sind mittlerweile viel selbstverständlicher ein sichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Dennoch erleben sie noch immer Anfeindungen, Hass, Vorurteile und Übergriffe. Sie haben mit falschen Stereotypen und Diskriminierung in der Arbeitswelt und von Behörden zu kämpfen und müssen häufiger um ihre Sicherheit bangen.

Wir arbeiten daran, diese vielfältigen Benachteiligungen und strukturellen Diskriminierungen von Frauen sowie queeren Menschen zu beseitigen und umfassende Chancengerechtigkeit zu verwirklichen.

Rechte von intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender sowie queeren Menschen sind Menschenrechte und wir stehen entschlossen für sie ein. Dabei ist für uns auch klar: Echte Gleichstellung erreichen wir nur, wenn auch Männer und Jungen selbstbestimmt leben können, frei von starren gesellschaftlichen Rollen. Alle Geschlechter werden – wenn auch nicht im gleichen Maße – negativ vom Patriarchat getroffen, so haben Männer höhere Suizidraten und nehmen medizinische Vorsorgeuntersuchungen seltener in Anspruch. All das muss sich ändern. In unserer Gesellschaft sollen sich alle sicher fühlen und frei und in Würde leben können, egal welches Geschlecht und welche sexuelle Orientierung sie haben.

Es ist an der Zeit, die Macht neu zu verteilen, damit alle Geschlechter gleichermaßen davon profitieren. Unser Anspruch ist klar: Wir wollen den uneingeschränkten Anspruch von Frauen, intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Menschen und Menschen mit weiteren Diversitätsmerkmalen auf gleiche Rechte und umfassende Teilhabe endlich einlösen. Dabei muss der Blick auch für intersektional wirkende Diskriminierungen geschärft werden (z.B.

Rassismus, Behindertenfeindlichkeit), die zusätzliche Gleichstellungs- und Empowermentmaßnahmen notwendig machen. Chancen, Macht, Geld und Zeit sollen endlich gerecht zwischen allen Geschlechtern verteilt werden.

Kernziele:

- Landesprogramm Akzeptanz und Vielfalt weiterentwickeln
- Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken
- Politische Repräsentation von Frauen, intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Menschen in Kommunal- und Landespolitik verbessern
- Antidiskriminierungsarbeit intensivieren
- Schutz vor häuslicher und sexueller Gewalt stärken
- Aufklärung und Beratung durch queere (Jugend-)Zentren und mobile Projekte stärken

Landesprogramm Akzeptanz und Vielfalt sowie queere Strukturen aufblühen lassen

Thüringens queere Struktururen wie beispielsweise das Queere Zentrum Erfurt bangen mit jedem Landeshaushalt aufs Neue um ihre Existenz und sind finanziell nicht bedarfsgerecht ausgestattet: Beratungsanfragen müssen oft wochenlange Wartezeiten in Kauf nehmen oder Projektideen können nicht umgesetzt werden. Angebote im ländlichen Raum existieren kaum, sodass vielen queeren Menschen der Anschluss zu einer queeren Community komplett fehlt. Das alles wollen wir in Angriff nehmen und die queeren Strukturen in Thüringen deswegen ausbauen und langfristig auf eine solide Basis stellen.

Mit dem „Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt“ sind wir in Thüringen bereits einen großen Schritt gegangen, um Akzeptanz, Vielfalt und Gleichberechtigung Wirklichkeit werden zu lassen. Hier sehen wir auch in Zukunft Potenziale, um das Landesprogramm weitergehend mit Leben zu befüllen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Ein bedarfsorientiertes, zukunftsfähiges und insgesamt finanziell besser ausgestattetes Landesprogramm
- Schaffung von Ansprechpartner*innen in der Landesverwaltung, v. a. in Ministerien
- Professionelle Evaluierung der Umsetzung der Maßnahmen
- Programm mit einer wissenschaftlichen Begleitung ausstatten
- Langfristige und bedarfsgerechte Untestützung der Thüringer Christopher Street Day und ähnlicher Initiativen sichern
- Bedarfsgerechte Absicherung sowie flächendeckender Ausbau von queeren Zentren und Jugendzentren
- Mobile Angebote etablieren, um die Versorgung des ländlichen Raum sicherzustellen

Finanzielle Benachteiligung beenden

Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Menschen sind auf dem Arbeitsmarkt häufiger benachteiligt. Sie erhalten oft nicht nur weniger Geld für die gleiche Arbeit. Gerade Frauen arbeiten auch häufiger in Teilzeit, weil sie sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmern, und müssen dafür Verdienst- und Rentenausfälle in Kauf nehmen. Dies alles führt dazu, dass Frauen meist schlechter abgesichert und damit finanziell abhängig sind. Durch Diskriminierungserfahrungen ist es für queere Menschen oft schwieriger einen Arbeitsplatz zu erhalten oder nicht aus diesen gedrängt zu werden. Besonders intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen sind dadurch oft in finanziell prekären Situationen. Echte Gleichstellung kann nur erreicht werden, wenn dieser Zustand beendet ist. Darauf arbeiten wir proaktiv hin über Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit, zur gezielten Unterstützung von Gründer*innen und von Frauen, intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Personen am Arbeitsmarkt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern, indem Erwerbsarbeit trotz Care-Verpflichtungen ermöglicht wird (siehe Kapitel Familie)
- Förderung von Chancengerechtigkeit und Aufstiegschancen von Frauen intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Menschen

insbesondere im öffentlichen Dienst, um in der Landesverwaltung den Gender Pay Gap zu schließen

- Gezielte Unterstützung von Gründer*innen und spezifische Gründungsberatung ausbauen (siehe Kapitel Wirtschaft)
- Gezielte Unterstützung bei Umschulungen und beruflichem Wiedereinstieg für Frauen (siehe Kapitel Arbeit)
- Entgeltgleichheit als Vergabekriterium in Thüringer Vergabegesetz einführen
- Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, weiter aufwerten und Bezahlung verbessern
- Berufsorientierung für handwerkliche und MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) für Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen gezielt stärken
- Einführung eines gesetzlichen Geschlechtergerechtigkeitschecks, um zunächst bei Gesetzesentwürfen, perspektivisch aber im ganzen Landeshaushalt (Gender Budgting) die finanziellen Auswirkungen nach Geschlecht sichtbar zu machen und Ungerechtigkeiten zu beheben
- Anreizsystem für Kommunen, Gender Budgeting einzuführen
- Personelle und finanzielle Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
- Institutionelle Förderung für frauen-, familien- und queerpolitische Verbände einführen, um langfristige finanzielle Sicherung zu ermöglichen
- Flächendeckende Förderung und Weiterentwicklung von Frauenzentren als leicht zugängliche Beratungseinrichtungen.
- Bedarfsgerechte Finanzierung des Landesfrauenrats und der in diesem Bereich tätigen Landesarbeitsgemeinschaften.
- Schaffung einer auf das Ziel der Gleichstellung ausgerichteten Landesfachstelle für Jungen- und Männerarbeit für Vernetzung, Fachberatung und Öffentlichkeitsarbeit in Bildung und Praxis
- Verbandsklagemöglichkeiten für geschlechterspezifische Diskriminierung am Arbeitsplatz ermöglichen

Politik vielfältiger machen

Echte Gleichstellung und eine starke, vielfältige Demokratie erreichen wir nur, wenn alle Geschlechter endlich gleichberechtigt mit am Tisch sitzen. Doch auf sämtlichen politischen Ebenen, allen voran Kommunal- und Landespolitik, ist der Anteil an Frauen sowie intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Menschen noch immer geringer als in der Bevölkerung. Auch Schwarze und People of Colour, darunter besonders Frauen, sind unterrepräsentiert. Das müssen wir

ändern: Denn alle Menschen brauchen endlich unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe oder ihrer Herkunft einen gleichberechtigten Zugang zu politischer Macht und Entscheidungen, um Gleichstellung erreichen zu können.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einführung eines verfassungskonformem Paritätsgesetzes, damit Parteien verpflichtend vermehrt Frauen auf ihren Wahllisten aufstellen
- Menschen mit Fürsorge-Verpflichtungen, die meist Frauen sind, in die Lage versetzen, an Kommunalpolitik teilzuhaben, beispielsweise durch die Ermöglichung hybrider Sitzungen, familienfreundliche Sitzungszeiten und Erstattung der Betreuungskosten (siehe Kapitel Kommunales)
- Aufbau von politischen Frauen- sowie queeren Netzwerken inklusive Netzwerktreffen vor Ort sowie parteiübergreifender Mentoring-Programme gezielt für Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Menschen
- Gezielte Angebote für Schüler*innen, Auszubildende und Student*innen mit dem Ziel, für Politik und eigenes politisches Engagement zu begeistern
- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen, um Frauen und queere Personen für politisches Engagement zu gewinnen
- Offensive gegen Sexismus, Frauen- und Queerfeindlichkeit in der Politik, beispielsweise durch Kampagnenarbeit, Schaffung von Awareness-Teams und Vertrauenspersonen
- Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten durch klare Grundrichtlinien bei Verantwortlichkeiten und Befugnissen

Queere Stimmen im Land und der Kommune: Interessenvertretung & Schutz

Menschen, deren sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität oder Beziehungsformen nicht der gesellschaftlichen Mehrheit entspricht, werden oftmals zu Opfern von Diskriminierung, Hass und Gewalt. Die Dunkelziffer ist dabei hoch, da viele Betroffene aus Scham und Angst vor weiterer Diskriminierung keine Anzeige erstatten und Verbrechen gegen queere Personen nicht gesondert in den Statistiken aufgeführt werden. Das muss sich ändern. Queere Menschen brauchen institutionelle Stimmen, um adäquat gehört, vertreten und geschützt zu werden. Diese Strukturen wollen wir schaffen und weiter ausbauen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einrichtung einer Stelle einer*s Thüringer Queerbeauftragten*r äquivalent zur Gleichstellungsbeauftragten
- Aufgaben der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten um queere Personen erweitern und finanzielle und personelle Ressourcen dafür bereitstellen
- Ansprechpartner*innen für queere Menschen bei der Thüringer Polizei schaffen (siehe Kapitel Innen)
- Sensibilisierung der Polizei und Justiz durch Fortbildungen in diesem Bereich
- Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) ausbauen und weiterentwickeln, um Aufgaben als Prüf-, Beschwerde- und Koordinierungsstelle besser erfüllen zu können (siehe Kapitel Antidiskriminierung)
- Queere Angebote in den Jugendförderplänen verankern

Geschlechtsspezifische Gewalt wirksam bekämpfen

Ein Leben ohne Gewalt ist ein Menschenrecht, der Schutz vor Gewalt unsere staatliche Verpflichtung. Bedrohungen, sexuelle Übergriffe und Gewalt sind in Thüringen und darüber hinaus traurige Realität.

Ein Problem, das konsequent verfolgt und bestraft werden muss. Insbesondere häusliche Gewalt in heterosexuellen Beziehungen ist für Frauen noch immer das größte Sicherheitsrisiko. Dies betrifft in Thüringen jährliche tausende Frauen – und die Gewalt geht meist direkt vom Partner aus. Gewaltbetroffene benötigen daher unsere Unterstützung sowie sichere Orte, um der Gewalt und der Bedrohung zu entfliehen.

Auch die Prävention muss gestärkt werden. Die konsequente Umsetzung der Europaratskonvention zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, auch genannt Istanbulkonvention, ist der Schlüssel für einen entschlossenen Kampf gegen häusliche und sexuelle Gewalt an Frauen auf allen Ebenen. Diese wollen wir konsequent umsetzen und auch queere Menschen und betroffene Männer besser vor Gewalt schützen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Konsequente Umsetzung der Istanbulkonvention in Thüringen durch Erarbeitung und Umsetzung eines Aktionsplans
- Stärkung der Frauenhäuser, Beratungs- und Interventionsstellen durch gesicherte auskömmliche Finanzierung und bessere Personalschlüssel und Sicherstellung der Kostenfreiheit für Betroffene
- Landesweite Aufstockung der Schutzplätze mit dem Ziel der flächendeckenden Versorgung - in jedem Landkreis ein Frauenhaus - sowie Ausbau der barrierefreien Angebote
- Bereitstellung von Schutzwohnungen für Menschen aller Geschlechtsidentitäten, die von häuslicher Gewalt betroffen sind
- Bedarfe von betroffenen Kindern stärker in den Blick nehmen
- Beratungsangebote und Schutzvorkehrungen für Gewaltbetroffene mit Behinderung stärken und ausbauen
- Gewaltpräventive Männer- und Jungenarbeit deutlich ausbauen, Strategien zur Konfliktprävention stärker in schulischer Bildung verankern
- Arbeit mit Täter*innen deutlich ausbauen
- Bildungs- und Aufklärungsarbeit über Dimensionen von häuslicher Gewalt und Hilfsangebote nach dem Vorbild „STOP – Stadtteile Ohne Partnergewalt“
- Stärkere Schulung von Justiz und Polizei zu häuslicher Gewalt sowie Gewalt gegen queere Menschen (siehe Kapitel Innen)
- Hasskriminalität gegen Frauen und queere Personen anerkennen und Ermittlungsbehörden dazu stärken (siehe Kapitel Innen)
- Stärkung der Polizei und Justiz sowie der Beratungsstelle im Kampf gegen Hate Speech und Gewalt im digitalen Raum (siehe Kapitel Innen)
- Durchführung einer wissenschaftlichen Untersuchung zum Ausmaß häuslicher Gewalt in Thüringen unter Beteiligung der jeweiligen Behörden, Organisationen, Vereine und Verbände

Selbstbestimmung stärken

Frauen, intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Personen wird immer wieder abgesprochen, selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden zu können. Vor allem ihre Körper werden häufig als Objekte gesehen – ob bei Schwangerschaftsabbrüchen, bei sexueller Belästigung oder in der Werbung. Hier stehen wir in der Pflicht, uns auch als Land für mehr Selbstbestimmung und Respekt für diesen großen Teil unserer Gesellschaft einzusetzen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Programme gegen sexistische Werbung und andere herabwürdigende Darstellung auf den Weg bringen
- Aufklärung zum eigenen Körperbild & -gefühl und körperliche sowie sexuelle Selbstbestimmung in der Jugendarbeit stärken
- Mädchenarbeit über geschlechtssensible Bildungs- und Empowermentangebote in Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen stärken
- Versorgungsstrukturen für Schwangerschaftsabbrüche und Geburtshilfe in Thüringen flächendeckend sichern (siehe Kapitel Gesundheit)
- Flächendeckendes Angebot an Beratungsstellen für ungewollte Schwangerschaften insbesondere im ländlichen Raum sichern
- Kostenfreie Bereitstellung von Verhütungsmitteln insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen
- Kostenfreier Zugang zu Hygieneartikeln und Periodenprodukten in öffentlichen Gebäuden
- Insbesondere Frauen sowie intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen mit Behinderung in ihren Selbstbestimmungsrechten stärken
- Überprüfung von Bildungsmaterialien auf sexistische und herabwürdigende Darstellungen (siehe Kapitel Bildung)
- Bekämpfung von sexueller Ausbeutung und Stärkung der Beratung für Sex-Arbeitende unter anderem durch Sicherung der Fachberatungsstelle Sexarbeit
- (Weiter-)Entwicklung bestehender sowie neuer Beratungsangebote und Anlaufstellen unter queersensiblen Aspekten

Schulische Bildung und junge Menschen

Gerade unter queeren Jugendlichen gibt es ein erschreckend hohes Risiko selbstverletzenden Verhaltens, psychischer Erkrankungen sowie leider auch eine überdurchschnittlich hohe Suizidrate. Häufig ist Queerfeindlichkeit im Umfeld die primäre Ursache. Aus diesem Grund braucht es ein besonderes Augenmerk auf die Belange junger queerer Menschen. Das schulische Umfeld ist hierbei häufig der erste Berührungspunkt. Daher ist es eine wichtige Aufgabe, Toleranz und Verständnis direkt dort vor Ort zu stärken.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Stärkere schulische Thematisierung der Vielfalt von familiären Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen und Geschlechtern
- Unterstützung von Schulaufklärungsprojektn zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
- Queere Themen als Teil der Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen, Pädagog*innen und Erzieher*innen aufnehmen
- Stärkung queerer Jugend- und Schulsozialarbeit
- Ausbau der Krisenprävention sowie von Bildungsangeboten für Eltern von queeren Jugendlichen und Kindern

Gesellschaftlichen Aufbruch mitgestalten

Wir möchten queeren Menschen den Rückhalt bieten, den alle Menschen verdient haben. Hier ist jedoch noch viel zu tun. Ein wirklicher gesellschaftlicher Aufbruch ist nur zu schaffen, wenn beispielsweise Sprache niemanden unsichtbar macht, wenn medizinische Versorgung bei besonderen Belangen flächendeckend gegeben ist oder wenn Diskriminierungen wegen der gewählten Toilettenkabine der Vergangenheit angehören.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Verpflichtende Einrichtung geschlechtsneutraler Einrichtungen der Sanitärbereiche (Frauen-, Männer- und geschlechtsneutrale Toilette)
- Wiederherstellung des Grabmals von Dr. Hans Holbein, die Restitution des Stiftungsvermögens sowie Neugründung der Holbein-Stiftung (z.B. als Landesstiftung)
- Einrichtung eines Forschungszentrums zu Geschichte und Gegenwart von sexuellen Identitäten und Orientierungen
- Flächendeckende medizinische Versorgung für queere Menschen verbessern
- Geschlechtsneutrale Ansprache in amtlichen Angelegenheiten, Geschlechtserfassung nur da, wo unbedingt nötig